

Jürgen Kocka

Krisen und Kritik des Kapitalismus. Was heute neu ist

Die großen Krisen des Kapitalismus hatten in der Vergangenheit oft auch produktive Reaktionen zur Folge, sie dienten etwa als Katalysator für die Reform des Kapitalismus selbst. Gilt das auch für die aktuelle Krise, die beileibe noch nicht überwunden ist?

Jürgen Kocka

(* 1941) Professor (em.) für Geschichte an der FU Berlin, war u.a. Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). 2011 erhielt er den Holberg-Gedächtnispreis für herausragende Arbeiten im Bereich der Geistes-, Sozial- und Rechtswissenschaften.
kocka@wzb.eu



Wandel ist normal im Kapitalismus, Wandel, der Neues findet und schafft, während er Altes verwirft und zerstört. Wirtschaftswachstum unter kapitalistischen Bedingungen findet in Zyklen statt. Phasen des Aufschwungs und der Flaute wechseln sich ab. Diese Höhen und Tiefen werden unterschiedlich erklärt. Aber zweifellos haben sie etwas mit Neuerungen zu tun, mit – je nach Wirtschaftszweig unterschiedlich – steigenden oder sinkenden Erträgen, mit Erwartungen, die sich nicht erfüllen, mit Risiko, begrenztem Wissen und grundlegender Unsicherheit, mit der Tatsache, dass strategische Entscheidungen in diesem System dezentralisiert und oftmals spontan, nicht aber zentral geplant sind.

Unausweichlichkeit von Krisen

Hin und wieder gibt es besondere Boomphasen und außergewöhnliche Niedergänge, Euphorien und Zusammenbrüche, Blasen, die platzen und zu Wirtschaftskrisen führen. Unter Wirtschaftshistorikern sind sie gut bekannt. Charles Kindleberger

führt für den Zeitraum von 1810 bis 1987 20 solcher Krisen auf, die als Finanzkrisen begannen, die Realwirtschaft störten und einem regelmäßigen Muster folgten: Es beginnt mit dem Auftauchen neuer und profitabler Möglichkeiten in wechselnden Wirtschaftszweigen wie Eisenbahn, IT oder Immobilien. Investitionen werden angezogen, die Aktienpreise steigen, die Euphorie steigert sich zur Manie, Massen von Investoren werden von den wachsenden Hoffnungen auf leichte Kapitalgewinne angelockt (darunter auch einige Schwindler); Überspekulation findet statt und eine »Blase« entsteht, bis einige, normalerweise Insider, feststellen, dass die erwarteten Gewinne unmöglich die mittlerweile exorbitant hohen Aktienpreise rechtfertigen können; sie beginnen, Gewinne mitzunehmen, indem sie verkaufen; die Aktienpreise fallen, viele ergreifen panisch die Flucht, und dann platzt die Blase – mit gravierenden bis verheerenden Folgen für die, die dadurch Eigentum verlieren, für Banken, die zahlungsunfähig werden, für Unternehmen, die keine Kredite mehr finden. Schrumpfender Handel, rückläufige Geschäfte, Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste sind die Folge. Die Erholung dauert meist mehrere Jahre. Die leichte Verfügbarkeit von Geld, aus welcher Quelle auch immer, riskante Finanzpraktiken, der Verzicht auf durchgreifende Regulierung, aber auch staatliche Vorgaben und Anreize (wie im Fall des US-Immobilienmarkts der letzten Jahrzehnte) begünstigten das Auftreten solcher Krisen bis hin zur jüngsten von 2008.

Man kann viel tun, damit diese Krisen unwahrscheinlicher, seltener und weniger schwerwiegend werden, vor allem durch kluge Gesetzgebung und vorsichtige Regulierung. Man kann aus früheren Krisen zu lernen versuchen und auf eine neue Kultur in der Finanzwirtschaft hoffen. Aber man kann diese Krisen nicht vollkommen verhindern, solange man die wichtigen positiven Funktionen, die der Finanzsektor für die gesamte Wirtschaft hat, nicht gefährden will.

Zweifellos haben solche Krisen große Verluste, Entbehrungen und Erschütterungen zur Folge. Aber sie können auch produktive Wirkungen entfalten. Das sei mit Blick auf drei dieser Krisen – die von 1873, 1929 und 2008 – diskutiert.

Drei Krisen im Vergleich

Die internationale Krise von 1873 war in Deutschland besonders schwer. Hier folgte sie auf einen enormen Boom, der durch einströmendes Kapital, Reparationszahlungen durch das besiegte Frankreich an das neu gegründete Deutsche Reich, aufgeheizt wurde. Sie führte zu einem Börsenkrach, Bankenpleiten, einer Deflation und zu einer über Jahre hinweg schwachen Konjunktur. Sie provozierte eine Welle der Kapitalismuskritik. Im Land fand eine Umstrukturierung der politischen Landschaft mit zunehmender Polarisierung und mit der Folge eines Rechtsrutsches statt. Aber die Krise führte auch zu institutionellen Reformen. Neue Formen der Kooperation wurden geschaffen – zwischen den großen Industrie-Unternehmen wie auch zwischen diesen und den großen Banken. Eine Vielzahl von Interessenverbänden entstand, und es gab andere Bestrebungen zur *Organisation* des Marktes, unterstützt von zunehmender staatlicher Regulierung und den Anfängen des Sozialstaats seit den 1880er Jahren. Die sozial-

demokratische Arbeiterbewegung wuchs. Später sprach der sozialistische Theoretiker Rudolf Hilferding von »organisiertem Kapitalismus«.

Die Weltwirtschaftskrise nach 1929 war tiefer, ausgedehnter und weitreichender als alle anderen Wirtschaftskrisen im 19. und 20. Jahrhundert. Sie führte bekanntlich zu ausgedehnter Arbeitslosigkeit, Armut und Entbehrung, zu Statusverlust und politischer Orientierungslosigkeit. Hitlers Machtergreifung 1933 hatte viele Gründe, aber ohne diese Wirtschaftskrise hätte sie wahrscheinlich nicht stattgefunden und die Weltgeschichte wäre anders verlaufen. Aber es gab auch produktive Reaktionen. Man denke an Franklin D. Roosevelts »New Deal« in den USA, der Elemente des Sozialstaats einführte, verschiedene staatliche Regulierungen institutionalisierte und den Kapitalismus – in gewisser Weise – reformierte. Zu nennen sind neue Rechte für die Gewerkschaften, die Einführung der Sozialversicherung und die Regulierung der Banken. Und man denke an John Maynard Keynes, der seine *General Theory of Employment, Interest and Money* 1935 vollendete und 1936 publizierte. Es war vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, dass er seine weitreichenden politischen Empfehlungen entwickelte, die im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts und erneut in der Gegenwart zur Grundlage der Wirtschaftspolitik in vielen Ländern wurden: ein struktureller Wandel und ein Stück Reform des Systems. Auch grundlegende Ideen der »Sozialen Marktwirtschaft«, des stark koordinierten »Rheinischen Kapitalismus« der Bundesrepublik Deutschland, hatten ihren gedanklichen Ursprung in den Jahren der Weltwirtschaftskrise – bei Autoren wie Alfred Müller-Armack. Das waren produktive Reaktionen auf die Krise, die in diesem Sinne als Katalysator für die Reform des Kapitalismus diente und strukturellen Wandel erzeugte oder doch beschleunigte.

Der Aufstieg des Finanzmarktkapitalismus

Zweifellos war die Talfahrt wichtiger wirtschaftlicher Indikatoren weltweit und in den führenden Wirtschaftsnationen 2008/09 so abrupt und tief, dass sie nur mit den Verläufen nach 1929 verglichen werden konnte. Dies ist auch häufig geschehen. Doch im Vergleich mit 1929 werden auch die Besonderheiten der jüngsten Krise sehr deutlich. Drei davon seien hervorgehoben.

Erstens, der Aufstieg des »Finanzmarktkapitalismus«: Seit Jahrzehnten lässt sich ein permanentes Wachstum von liquiden Mitteln weltweit beobachten, die sehr ungleich verteilt und ständig im Umlauf sind, vor allem auch aus den Schwellenländern in die wirtschaftlich entwickelte Welt. Seit Jahrzehnten erleben wir den unaufhaltsamen Aufstieg eines speziellen Typus von Kapitalisten, von Investmentbankern, Fondsmanagern, Börsenmaklern und Agenten aller Art, die sich auf Finanzdienstleistungen und -entscheidungen spezialisieren. Sie treffen grundlegende Entscheidungen über Ressourcen, die nicht ihnen gehören, sondern Aktionären und Kreditgebern. Sie akzeptieren hohe Risiken, aber ihre persönliche Haftung ist sehr begrenzt. Sie haben eine sehr indirekte, mittelbare Beziehung zu dem Eigentum, über das sie verfügen. Sie sind Manager, aber sie sprechen im Namen der Eigentümer/Investoren und deren Renditeinteressen. Dies ist der Bereich, in dem kurzfristiges Gewinndenken und Spekulieren Dimensionen erreicht haben, die in den 20er und 30er Jahren unbekannt waren. Die Umschlagsrate von Aktien an der New Yorker Börse lag vor der jüngsten Krise bei über 100 %, das heißt, die Investoren behielten ihre Aktien im Schnitt weniger lang als ein Jahr, während die entsprechende Ziffer vor 50 Jahren bei rund 10 % gelegen haben dürfte. Dieser finanzmarktbezogene Teil des Kapitalismus ist viel grö-

ßer, absonderter, globaler, dynamischer und stärker als in den 20er und 30er Jahren, und er ist weniger reguliert als noch vor 20 Jahren – vor allem in Großbritannien und den USA. Die Politik bemüht sich gegenwärtig um neue Formen der Regulierung der Finanzwirtschaft. Ob sie in hinreichendem Maße gefunden und gegen Widerstände durchgesetzt werden können, ist noch unklar. Die US-amerikanische Politik ist damit weitergekommen als die europäische. Die notwendigen Regeln müssen letztlich aber eine transnationale, globale Reichweite haben.

Zweitens, staatliche Interventionen und Überschuldung: Anders als in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 haben die Regierungen auf die Krise seit 2008 entschlossen reagiert, riesige »Rettungsschirme« aufgespannt und antizyklische Förderpakete als Stabilisierungsprogramme geschnürt. Sie versuchten, die als fatal geltenden Fehler der Regierungen in den 30er Jahren zu vermeiden und aus der damaligen Weltwirtschaftskrise zu lernen. In viel größerem Ausmaß als damals nutzten und nutzen sie öffentliche Gelder, um private Unternehmen zu retten, die öffentliche Funktionen erfüllen und für die Gesamtheit so wichtig sind, dass man glaubt, sie nicht scheitern lassen zu dürfen (»too big to fail«) – eine eklatante Durchbrechung kapitalistischer Grundsätze, zu denen der enge Zusammenhang zwischen Entscheidung und Verantwortung gehört, sei es als Gewinn, sei es als Haftung für Verluste.

Überschuldung und die Schwäche der Kapitalismuskritik

Infolgedessen scheint die jüngste Krise *einerseits* viel kürzer gewesen zu sein als die der 30er Jahre (obwohl die Zukunft keinesfalls klar und wieder zunehmend düster ist). Die Talfahrt der meisten Indikatoren wurde nach rund zehn Monaten

gestoppt und zum Positiven gewendet, während es mehr als drei Jahre dauerte, bis eine solche Umkehr der Kurven in den 30er Jahren erreicht wurde.

Damit hat aber *andererseits* – anders als in den 30er Jahren – die akkumulierte Staatsverschuldung schwindelerregende Höhen erreicht. Die Staaten haben gewissermaßen die Krise der Märkte absorbiert und zu ihrer eigenen gemacht. Ob sie mit dieser aufgebürdeten Last, die sich vor allem als Überschuldung äußert, langfristig zurecht kommen, ist unklar und zunehmend zweifelhaft. Die Krise wurde verschoben, vom Markt auf den Staat, aber nicht wirklich gelöst. Aus den regierungsgetragenen Kraftakten können sich schwierige innenpolitische Konflikte (jetzt besonders deutlich in den USA), tiefe Legitimationsprobleme für die demokratische Ordnung (noch nicht manifest) und schwer zu beherrschende Störungen in den internationalen Beziehungen ergeben, wofür die aktuelle Krise des Euro und der EU einen Vorgeschmack gibt. Die staatliche Überschuldung ist umso besorgniserregender, als sie nicht nur aus der jüngsten Krise der Märkte resultiert, sondern über die letzten Jahrzehnte schrittweise angewachsen ist. Sie erweist sich als Teil eines Prozesses, den Ralf Dahrendorf in einem seiner letzten Aufsätze als problematischen Wechsel vom »Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus« beschrieben hat. Systematisch haben zahlreiche Gesellschaften vor allem im Westen über ihre Verhältnisse gelebt, aus unterschiedlichen, aber oft aus systemischen Gründen. Das ist grundlegend anders als in den 1930er Jahren. Keynesianische Rezepte richten dagegen nichts aus, verschärfen vielmehr langfristig die Krise. Ein tiefgreifendes Umsteuern ist notwendig, aber ungemein schwierig.

Drittens, die Rolle der Kapitalismuskritik: Eine genauere Analyse der Reformen nach 1873 und 1929 würde zeigen, dass es in beiden Fällen nicht die kapitalis-

tische Wirtschaft *per se*, sondern das Zusammenspiel der Krise, starker Kapitalismuskritik und politischer Handlungsfähigkeit auf der Basis gesellschaftlicher Mobilisierung war, das partielle Problemlösungen ermöglichte. Die Kritik des Kapitalismus gehört zu den Bedingungen seiner Reform. Denn diese musste zum Teil gegen den Willen wichtiger kapitalistischer Akteure durchgesetzt werden. Allein gelassen – den Akteuren auf den Märkten allein überlassen –, entwickelt der Kapitalismus auch heute geradezu selbstzerstörerische Tendenzen. Die Kritik des Kapitalismus gehört zu den Bedingungen seines Überlebens.

Konsequenzen der aktuellen Krise?

In den letzten Jahrzehnten haben sich nicht nur die vorherrschenden Themen der Kapitalismuskritik tief verändert: Vom Protest gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Entfremdung der Arbeit hin zur Kritik am Kapitalismus als Ursache zunehmender Ungleichheit und schwer erträglicher Unsicherheit, sowie an seiner zwanghaften Ausrichtung auf Wachstum und Expansion, auch auf Kosten natürlicher und kultureller Ressourcen. Die Kritik am Kapitalismus ist auch viel schwächer geworden, als sie es im 19. und im größten Teil des 20. Jahrhunderts war. Mit dieser Schwäche gegenwärtiger Kapitalismuskritik und ihrer mangelhaften Artikulation auf der zunehmend zählenden globalen Ebene hängt zusammen, dass die jüngste Krise jedenfalls bisher kaum produktive Konsequenzen gehabt hat, anders als die von 1873 und 1929.

Ausführliche Fassung in: Jürgen Kocka, Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2011, S. 307-322, 390-395.